



1963 geboren in Geldern. 1983–1988 Studium der Geschichtswissenschaft und Soziologie in Düsseldorf, Bielefeld und Baltimore, U.S.A. 1987 Magister Artium an der Johns Hopkins University, Baltimore. 1993 Promotion zum Dr. phil. 1993–2001 Wissenschaftlicher Assistent an der Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie an der Universität Bielefeld. 1993/1994 German Kennedy Memorial Fellow an der Harvard University, Cambridge, Mass. (U.S.A.). 1999 Habilitation für Neuere Geschichte in Bielefeld 2001–2005 Professor für Geschichte an der International University Bremen. Seit 2005 Professor für Neuere Geschichte mit dem Schwerpunkt Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin. Seit 2009 Präsident der Evangelischen Akademie zu Berlin.

Prof. Dr. Paul Nolte

Professor für Neuere Geschichte/Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin

„Stabilität auf dem Drahtseil. Die Deutschen auf der Suche nach Zukunft“

(Vortrag anlässlich eines Clubabends)

Ich bin überrascht, was sich so alles im Internet oder in den Weiten der veröffentlichten Welt findet, das man unvorsichtigerweise irgendwann einmal gesagt hat. Vielleicht haben Sie mich jetzt schon besser charakterisiert und mit eloquenteren Worten, als ich es in dem folgenden Vortrag tun kann. Sie haben die Erwartungen tatsächlich sehr hoch geschraubt. Aber ich gehe davon aus, dass das mit den Juwelen in der Perlenkette so gemeint ist, dass der Übersee-Club überhaupt nur über Juwelen der Qualität verfügt, etwas anderes kennen Sie gar nicht. Deswegen bin ich sehr froh, der Einladung in diesen renommierten und wunderschönen Club folgen zu können, und freue mich, dass Sie alle heute Abend gekommen sind. Und danke jetzt schon für Ihr Interesse.

Von dem, Herr von Foerster, was Sie in Ihrer wunderbaren Collage zusammengetragen haben, will ich gar nichts kommentieren oder dementieren. Das ist ja doch der Vorteil, nicht Politiker geworden zu sein, denn sonst müsste ich jetzt sofort meinen Anwalt bemühen. Auf einige der Überlegungen, die Sie in Ihrer Einführung grundsätzlich angestellt haben, komme ich im Verlaufe meines Vortrages sicher zurück. Aber ich wähle einen anderen Ausgangspunkt, einen ganz aktuellen Ausgangspunkt. Denken Sie an die beiden letzten Tage zurück – Deutschland in den vergangenen beiden Tagen: der 9. November 1989 und der gestrige Tag, der 10. November 2009. Zunächst der 9. November 1989: Vor zwei Tagen haben wir uns erinnert an 20 Jahre – nein, noch nicht der Wiedervereinigung, so schien es ja manchmal schon im Vorgriff, sondern an 20 Jahre Mauerfall, 20 Jahre Freiheitsrevolution in der DDR. Wir haben sehr eindrucksvolle Feiern erlebt in Berlin und anderswo. Erinnerung ist wach geworden, auch viel persönliche Erinnerung bei jedem von uns, an den Ort, an dem er oder sie gewesen ist an diesem 9. November 1989. Bilanzen sind gezogen worden, auch kritisch gewiss, aber doch insgesamt in einem sehr feierlichen und sehr würdigen Ton.

Gestern war ein anderer wichtiger Tag, vielleicht nicht ganz so bedeutsam, aber doch auch ein immer wieder wichtiger Tag für die deutsche Demokratie, ein wichtiger Tag im Leben jeder Demokratie: der Antritt einer neuen Regierung, markiert durch die Regierungserklärung, die sogenannte „Große Regierungserklärung“ – zu Beginn einer Legislaturperiode – durch die Bundeskanzlerin. Sie hat die Positionsbestimmung für die nächsten vier Jahre Politik in Deutschland gegeben, die im Bundestag auch heute noch weiter diskutiert worden ist. – Also: auf ganz unterschiedliche Art, zwei wichtige Tage für unser Land, für unsere Demokratie. Feierlaune eigentlich, aber positive Stimmung – ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist –, geschweige denn euphorische Stimmung wollte trotzdem nicht so recht aufkommen.

Mauerfall, Wiedervereinigung, wo steht Deutschland 20 Jahre danach? Große Erfolge sind gewiss zu verzeichnen. Auch von Hamburg aus ist das alte Hinterland ja neu erschlossen worden. Auch Sie kommen

gewiss ab und zu nach Mecklenburg-Vorpommern, oder nach Berlin, oder nach Brandenburg, und wir alle sehen die Erfolge des Aufbaus, die Erfolge der Integration der neuen Bundesländer. Und so wie die DDR die Spitze innerhalb des alten Ostblocks markierte, so haben auch die neuen Bundesländer von der Wiedervereinigung wohl am meisten profitiert innerhalb der ganzen ehemals kommunistischen Welt. Nirgendwo in diesem Raum sind Lebensstandard und soziale Sicherung heute auf höherem Niveau. Auf höchstem Niveau sind aber auch die Erwartungen und Enttäuschungen. Denn es ist eben doch ein viel langwieriger Prozess geworden, als wir vor 20 Jahren allesamt gedacht haben. Auch die, die damals darüber gespottet haben, man solle nicht so schnell „blühende Landschaften“ versprechen, haben sich das nicht ganz so schwer vorgestellt. Probleme sind geblieben in der Realität: in der Realität der wirtschaftlichen Entwicklung, der Strukturschwächen, der besonders hohen und verfestigten Arbeitslosigkeit, auch in den demografischen Prozessen der Abwanderung und Überalterung.

Aber die Probleme wurzeln nicht zuletzt in der Selbstwahrnehmung; nicht in der objektiven Realität, sondern in der subjektiven Dimension, in den Befindlichkeiten der Menschen. Ein diffuses Unbehagen ließ sich über die letzten Jahre nicht vertreiben und hat auch der vorgestrige Tag nicht vertreiben können: im Westen ein Unbehagen über die Einheit, vor allen Dingen auch über die Freiheitsrevolution der Ostdeutschen, die – so scheint mir manchmal – im Westen nie so richtig angekommen ist. Das muss sich der Westen durchaus vorhalten lassen. Im Osten aber vor allen Dingen Gefühle der Benachteiligung gekoppelt mit dem, was man schon seit längerer Zeit die „Ostalgie“ nennt. Ein weitverbreitetes Fremdeln mit der Bundesrepublik, oder – um mit meinen Berliner Studenten zu sprechen – mit der „BRD“, wie sie dort fast ausnahmslos sagen, gleich ob sie aus Ost- oder Westberlin, aus West- oder Ostdeutschland kommen. Die Feiern zum 9. November erscheinen insofern eher als ein kleines Eiland in einem Ozean der Skepsis und des Unbehagens.

Diese Probleme verweisen nach meinem Eindruck auf eine enttäuschte Erwartung – auf eine enttäuschte Erwartung von Stabilität. Und damit bin ich bei dem ersten Kernbegriff, den Sie ja im Titel der Ankündigung meines Vortrages „Stabilität auf dem Drahtseil. Die Deutschen auf der Suche nach Zukunft“ wahrgenommen haben.

I.

Die Geschichte Deutschlands ist im 19. und 20. Jahrhundert lange Zeit eine Geschichte der Instabilität gewesen. Eine Geschichte, so könnte man sagen, der Unvollkommenheit, der Unfertigkeit. Es war immer das Fehlen entweder von Freiheit oder von staatlicher Einheit oder auch von beidem, das die deutsche Geschichte der letzten beiden Jahrhunderte unfertig und unvollkommen erscheinen ließ. Nur kurz waren die Etappen dazwischen, insbesondere die Zeit der Weimarer Republik, in der beides – aber eben auch in sehr prekärer, instabiler Weise – für kurze Zeit gegeben war. Im Vormärz und in der Revolution von 1848 ging es um Einheit und Freiheit. Dann kam die Reichsgründung, ein Nationalstaat, die Einheit Deutschlands, aber gegen die Demokratie und über die demokratischen Bestrebungen hinweg. Nach Erstem Weltkrieg und der kurzlebigen Weimarer Republik folgte die nationalsozialistische Diktatur, ein „Großdeutsches Reich“, die Übersteigerung der Einheitsvorstellungen, die sich die Deutschen lange Zeit gemacht hatten, in totaler Unfreiheit, totalitärer Diktatur, Krieg und Völkermord. Danach wieder die Teilung in West und Ost, in Freiheit und Unfreiheit auf beiden Seiten eines radikal geteilten Landes.

So schien es, dass der 3. Oktober 1990, die Wiedervereinigung in Freiheit, ein glückliches Ende der deutschen Geschichte sein würde. Von dem „Ende der Geschichte“ sprach man damals denn auch allenthalben. Waren nicht alle Weltkonflikte aufgelöst? Was sollte jetzt eigentlich noch passieren? Mein geschätzter Kollege Heinrich August Winkler, der ebenfalls zu einem Vortrag bei Ihnen gewesen ist, hat in einem sehr einflussreichen Buch, in einer berühmt gewordenen Formel, von dem „langen Weg nach Westen“ gesprochen, den Deutschland in den letzten beiden Jahrhunderten beschritten habe. Das war ein langer Weg des Suchens, der Anbindung an die westlichen Traditionen von Nationalstaat und Demokratie, von offener Gesellschaft und Volkssouveränität und Republik. Nun schien es so – das ist der Tenor des Werkes von Winkler –, dass dieser schwere Weg am 3. Oktober 1990 sein Ende, seine Vollendung gefunden habe.

Immer deutlicher wird, dass das nicht der Fall ist. Der Weg ist noch nicht zu Ende, und Sie werden es einem Jüngeren vielleicht nicht übel nehmen, dass er diese Perspektive so nicht teilen kann; dass meine Perspektive nur eine sein kann, in der die Geschichte weitergeht, auch in schwierigen Problemen und mit ungelösten Fragen weitergeht. Stabilität oder die Erwartung danach hat sich nicht als ein festes Plateau erwiesen. Gewiss, die Normalisierung Deutschlands seit 1990 ist in vielen Bereichen Realität. Wir sind ein normales Mitglied Europas, der Völkerfamilie, der Welt geworden. Aber zu dieser Normalität gehören eben auch Probleme und Risiken. Eine Normalität zum Ausruhen ist es nicht geworden. Und auch daher rührt ein Stück unseres Unbehagens, dass wir uns immer noch nicht zurücklehnen können, obwohl wir es doch geschafft haben. Und dass wir uns in Zeiten des beschleunigten Wandels auf neue Gefährdungen einstellen müssen, dass wir in einer Zeit der „riskanten Moderne“ leben, wie ich es in einem Buch, das Herr von Foerster vorhin schon zitiert hat, genannt habe.

So viel zur Bedeutung des 9. Novembers, des vorgestrigen Tages. Nun zu unserem anderen Datum, dem 10. November, der gestrigen Regierungserklärung. Sie wirft von einer anderen Seite die Frage auf, wo wir politisch und gesellschaftlich stehen und wohin wir wollen. Es hat ja viel Kritik gegeben an der Zielbestimmung, oder vielmehr: an der fehlenden Zielbestimmung, an der Ziellosigkeit der neuen Regierung. Ich teile einen großen Teil dieser Kritik. Der Koalitionsvertrag und die gestrige Regierungserklärung, das stecke – so wird gesagt, und ich kann dem weithin folgen – voller Vagheit und Allerweltsbegriffe. Die „Steuerreform“ ist ein Fetisch geworden – wozu aber eigentlich eine Steuerreform dienen soll, welchen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen sie dienen soll, wird immer mehr vernebelt. Eine Steuerreform ist aber kein Selbstzweck, ein sogenanntes Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist eine Mogelpackung, wenn es nur um schnell verpuffende Subventionen geht. Sozialleistungen, wie eine Kindergelderhöhung um 20 Euro, oder Änderungen in der Erbschaftssteuer mögen ja aus anderen Gründen sinnvoll sein, aber doch nicht zur Beschleunigung von Wachstum. Dafür steckt man den Menschen nicht 20 Euro mehr für die Kinder in die Tasche. Für die Beschleunigung von Wachstum müsste man Strukturvoraussetzungen verbessern, müsste man Investitionen ermöglichen, müsste man das Land an anderer Stelle – nicht mit ein bisschen Verwöhnung der Konsumenten oder Familien – auf einen neuen Kurs setzen.

II.

Das alles erklärt aber noch nicht die merkwürdige Ort- und Richtungslosigkeit der neuen Regierung. Dazu möchte ich zwei andere und, wie mir scheint, grundlegendere Faktoren in historischer Perspektive anspre-

chen, auch wenn das dazu beiträgt, die unmittelbare Schuld für ein politisches Versagen von der Regierung ein wenig wegzulenken und in allgemeineren Konstellationen zu suchen, die mir bedeutsam scheinen.

Erstens meine ich den Verlust der Zukunft und die Hinwendung zur Vergangenheit, unter der wir in den letzten Jahrzehnten in besonderer Weise leiden. Das verweist auf einen kulturellen Bruch, der bis in die 70er-Jahre des 20. Jahrhunderts zurückreicht. Die meisten von Ihnen werden sich leicht erinnern und es ist auch immer noch viel davon die Rede; von der Zeit der ersten Ölkrise; damit von einer Zeit, in der die „Grenzen des Wachstums“ entdeckt wurden und gerade in der damals jüngeren Generation – Sie haben, Herr von Foerster, meine eigenen diesbezüglichen Sozialisationserfahrungen gerade schon in Anschlag gebracht – die Fortschrittsschwächen in besonderer Weise wuchsen. Sie wuchsen damals in der Bundesrepublik, in Westdeutschland, wie man im Rückblick sagen muss, in besonders markanter Weise, so wie das in anderen westlichen Ländern nicht mit derselben Schärfe, nicht mit einem ähnlichen Fundamentalismus der Fall gewesen ist.

Aber die hochfliegenden Utopien sind auch anderswo zu dieser Zeit verschwunden. Die Vorstellungen einer leicht erreichbaren, immer weiter sich beschleunigenden Zukunftserreichbarkeit sind um 1970 bis 1975 schlagartig zusammengebrochen. Denken Sie nur an das Kennedysche Versprechen, in 10 Jahren einen Menschen zum Mond zu bringen: Es war tatsächlich innerhalb dieses Jahrzehnts der 60er-Jahre gelungen, und wer zweifelte 1970 daran, dass weitere 10 Jahre später auch Menschen zum Mars fliegen würden? Dass der Überschallverkehr zum Alltag gehören würde, wenn wir uns nicht schon im Jahr 1990, dem „Raumschiff Enterprise“ gleich, materiellos zwischen Hamburg und New York hin und her „beamen“ würden. All das hat sich als falsch, als eine Illusion herausgestellt. Die technische Machbarkeit reichte so weit nicht. Aber vor allen Dingen sind uns Zweifel an der Wünschbarkeit solcher Zukünfte gekommen.

Wir haben uns in dieser Zeit mit den westlichen Gesellschaften, so könnte man sagen, kulturell um 180 Grad gedreht. Das Interesse an der Geschichte, nicht zuletzt an der schwierigen Vergangenheit unseres eigenen Landes, ist gewachsen. Wir haben nicht mehr in die Zukunft geschaut, sondern, um 180 Grad auf der Zeitachse gedreht, in die Vergangenheit geblickt. Kultur ist als Erinnerung wichtig geworden, als eine Denkmalskultur im weitesten Sinne des Wortes. Das war richtig und wichtig: nicht nur, weil wir den Denkmalschutz entdeckt haben, der es ermöglicht hat, dass so schöne Häuser wie dieses – Sie haben es mir gerade erzählt – dann nicht mehr abgerissen worden sind, so wie man das wahrscheinlich 1960 oder 1965 getan hätte. Aber der Verlust an Zukunftsvertrauen, der Verlust an Blickfähigkeit in die Zukunft hat sich den Deutschen damit über die folgenden Jahrzehnte zugleich immer tiefer eingegraben. Die Politik hat schon frühzeitig, um es mit dem hier und auch von mir persönlich besonders hoch geschätzten Helmut Schmidt zu sagen, von Visionen auf Pragmatismus umgeschaltet. Gegen wirklichkeitsfernen Utopismus und ideologisch bornierte Träumerei – und dagegen richtete sich Schmidts Pragmatismus ja auch 1974/75 in besonderer Weise – war das auch schön und gut. Aber es reicht nach meinem Eindruck heute nicht mehr aus. Wir müssen versuchen, die Zukunft wiederzugewinnen. Wir sollten wieder lernen, Leitbilder für die Zukunft selbstbewusst zu formulieren.

III.

Zweitens spreche ich über den Verlust des Zeitgeistes. Wo stehen wir eigentlich, und wohin gehen wir, am Beginn einer neuen Legislaturperiode, mit der wir einen Kompass, eine Ausrichtung, eine Orientierung mindestens für die nächsten vier Jahre erwarten, aber auch im langfristigen Sinne, also über die Grenzen einer demokratischen Legislaturperiode hinaus? Und warum fällt es so schwer, diese Frage zu beantworten? Dazu lohnt es sich, etwas auszuholen und auf die Pendelschwünge der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, besonders in der Nachkriegszeit, zurückzublicken. Seit 1945 hat es immer große und charakteristische Zyklen der kulturellen und gesellschaftlichen Orientierung in unserem Land gegeben: kulturelle Zyklen, Zyklen des Zeitgeistes – und ich meine das Wort jetzt gar nicht herabsetzend und negativ –, sondern nüchtern beschreibend als die Stimmungen, die überwiegend in der Luft liegen. Diesen Zyklen, diesen gesellschaftlich-kulturellen Stimmungen ist die Politik, ist die Regierungsbildung oft mit gewisser zeitlicher Verzögerung, dann auf eine bezeichnende Weise gefolgt.

1949 war es zunächst, nach einer knappen Wahlentscheidung, die konservative Option mit der Kanzlerschaft Adenauers, charakterisiert durch eine bürgerliche Grundlegung der Bundesrepublik, die zugleich auf eine feste Verankerung im Westen und die Abgrenzung nach Osten hinauslief. 1969 gab es den großen Wechsel, aber er war längst vorbereitet durch einen Zeitgeist, durch den gesellschaftlichen Aufbruch seit dem Anfang der 60er-Jahre mit Studentenbewegung und inneren Reformen. Im Herbst 1969 wurde dieses weitverbreitete Gefühl politisch in eine neue Konstellation umgesetzt, in eine besonders emphatisch vorwärts denkende, eine besonders zukunfts zugewandte, zukunfts euphorische politische Konstellation. Seit Mitte der 70er-Jahre – ich erwähnte es gerade schon – brach diese Stimmung wieder um. Ein anderer Zeitgeist machte sich breit und sickerte allmählich in alle Poren der Gesellschaft ein. Der Zeitgeist ist ein schwer zu fassendes Phänomen, aber er ist immer wieder da und hat in der Mitte der 70er-Jahre gesorgt für das, was man damals schon die „Tendenzwende“ nannte: einen Pendelschwung zurück zu eher konservativen Präferenzen. Er hat sich dann etliche Jahre später, 1982 – viele meinten, es sei längst überfällig gewesen – in einem politischen Umschwung, im Regierungswechsel, gezeigt; in dem Versuch Helmut Kohls, eine „geistig-moralische Wende“ der Bundesrepublik herbeizuführen. Auch dieses Etikett von damals bringt den Versuch zum Ausdruck, einen kulturellen Wandel auch in Politik umzusetzen.

1998 erlebten wir noch einmal das gleiche Schauspiel – das Pendel ging wieder in die andere Richtung. Auch damals hatten viele das Gefühl, dass ein Wechsel längst überfällig sei. Noch einmal kam es zu einer politischen Einlösung, zu einem Nachholen des auch damals fast schon wieder verblassenden reformerisch-linken Zeitgeistes, als die Regierung Helmut Kohls durch die erste rot-grüne Regierung abgelöst wurde. Es kommt einem manchmal so vor, als sei das länger her als die Ereignisse von 1989/90. Diese politische Einholung des Zeitgeistes bedeutete übrigens auch die endgültige Integration der 1968er, der Protest-Generation, der Joschka Fischers in die Staatsräson der Bundesrepublik. Im Hintergrund, aber das nur als Seitenbemerkung, müsste man überhaupt fragen, ob nicht ein Muster der bundesrepublikanischen Geschichte darin erkennbar wird, dass auf diese Weise schon seit den 60er-Jahren immer wieder frühere gesellschaftliche und kulturelle Dissidenz durch Regierungsbeteiligung integriert worden ist, so wie das 1969 und schon 1966 in der ersten Großen Koalition mit der SPD gelungen ist und wie

es sich dann mit der Integration der Grünen wiederholte, die hier in Hamburg in besonderer Weise auch politisch eine „bürgerliche“ Partei geworden sind. Dann müsste man fragen, ob nach diesem Muster auch irgendwann die Partei „Die Linke“ dran ist und ob uns in vier oder acht Jahren ein vergleichbarer Prozess der Eingliederung bevorsteht. Das wird beiden Seiten, wenn es so kommen wird, sehr viel abverlangen. Denn es geht letztlich um eine Eingliederung in die Staatsräson der Bundesrepublik, das ist immer das Muster gewesen: 1966, 69, 1998, und das wird auch in Zukunft kaum anders sein können.

Aber ich komme wieder zurück auf meine Hauptüberlegung: So ist die Geschichte der Bundesrepublik geprägt gewesen von diesen Pendelschwüngen des Zeitgeistes, die dann jeweils durch eine Regierung umgesetzt, politisch ausgedrückt und vorangetrieben worden sind, auch wenn die Stimmungen in Gesellschaft und Kultur selber teilweise ihren Höhepunkt schon überwunden hatten. Doch wo stehen wir jetzt eigentlich? Schon seit dem Ende der rot-grünen Regierung, also spätestens seit 2005, herrscht Unsicherheit darüber, wohin das Pendel nun eigentlich ausschlägt – eine Unsicherheit, deren politischer Ausdruck auch schon die Große Koalition gewesen war. Zwei Deutungsmöglichkeiten, so interpretiere ich jedenfalls die gegenwärtige geistig-politische Landschaft, konkurrieren dabei miteinander.

In der ersten Deutungsmöglichkeit erleben wir einen Pendelschwung nach rechts. Das ist sozusagen die vordergründige, die politisch offensichtlichere Deutungsmöglichkeit. Eine konservative oder, wenn man einem beliebigen Etikett folgen mag, eine „neoliberale Ära“ folgt auf Rot-Grün. Dieser Wechsel war für viele nicht erst 2005, sondern schon 2002 an der Tagesordnung. Dann gab es noch einmal das Transitorium der zweiten Großen Koalition. Jetzt aber beginnt, folgt man dieser Deutung, die eigentliche Gegenbewegung gegen die linke Regierung von 1998 und wir gehen wieder auf zwei oder drei Legislaturperioden, so wie das ja häufig in der Geschichte der Bundesrepublik gewesen ist, einer unionsgeführten, eher konservativ akzentuierten Regierung zu. Das ist nicht nur das Bild der Opposition, aber natürlich in besonderer Weise, wie wir es gestern und heute im Bundestag gehört haben, ihr Bild, ihr spezifisches Schreckensszenario.

Es gibt aber eine Variante, eine andere Deutungsmöglichkeit, und die ist vielleicht gar nicht so viel weniger überzeugend. Danach stehen wir inmitten eines großen geistig-politisch-kulturellen Pendelschwungs nach links. Nach der neoliberalen Politik der Schröder-Regierung nämlich, nach der neoliberalen Politik der Agenda 2010, wird jetzt wieder vieles sozial „gesoftet“, staatlich abgefedert, hier und da zurückgerudert. Die Große Koalition ist dann nicht ein Transitorium, das den Pendelschwung in die konservativ-bürgerliche Richtung zeitweise aufgehalten hätte, sondern im Gegenteil, wie das ja auch in den letzten vier Jahren häufig beschrieben worden ist, ist sie der Auftakt zu dieser neuen, weichen Strategie gewesen. Mehr Rufe nach dem Staat; das Erstarken der Links-Partei – denken Sie nur an die vielen „Spiegel“-Titel der letzten Jahre, die diesen Links-Rutsch beschworen haben. Man muss dem „Spiegel“ ja nicht alles glauben, aber Teil des Zeitgeistes ist er auch. Und die neue Bundesregierung scheint das zu bestätigen, wenn man auf den „sozialdemokratischen“ Part schaut, den die Union darin, gewissermaßen als Nachfolgerin der SPD in der Großen Koalition, möglicherweise spielen will.

IV.

Welche Deutung ist eigentlich die richtige? An beiden ist etwas dran. Wir wissen es nicht – vielmehr läuft die schwierige Diagnose auf einen Befund der Uneindeutigkeit hinaus, einer Unübersichtlichkeit als einer durchaus neuen Situation, wie es sie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in diesem Land so noch nicht gab, in dem wir uns an die großen Pendelschwünge, an die Eindeutigkeiten der geistig-politischen Orientierung gewöhnt haben. Das ist auch der Ausdruck eines Endes der Ideologien, einer Überwindung der alten Grenzen und Lager von links und rechts. Gerade insofern ist das gar nicht zu bedauern und hat im Gegenteil viele erfreuliche Aspekte. Aber die neue Lage führt doch zugleich in viele Unsicherheiten und Instabilitäten hinein, die für die gegenwärtige Situation charakteristisch sind. Von einigen Veränderungen und Instabilitäten will ich im folgenden Teil sprechen.

Erstens: Der Wandel des Parteiensystems. Vom „Ende der Volksparteien“ ist viel die Rede und das ist vielleicht eine missverständliche Formulierung. Volkspartei, das heißt ja immer zweierlei. Volkspartei, das ist zunächst einmal eine Partei, die über die Grenzen einer engen Klientel hinaus erfolgreich, die für ganz verschiedene Wählerschichten attraktiv ist. Wir haben uns aber auch angewöhnt, und mit gutem historischem Recht in der Geschichte der Bundesrepublik angewöhnen können, eine Volkspartei als eine Massenwählerpartei, als eine strukturelle Mehrheitspartei zu verstehen. So verstehen wir darunter auch alltags-sprachlich meist jenen Typus von „40- bis 50-Prozent-Partei“, als die die Union und die SPD in den letzten Jahrzehnten typischerweise aufgetreten sind und als die sie das „Zweieinhalb-Parteien-System“, wie man das ja bis in die 80er-Jahre hinein nannte, gestaltet haben: zwei große „Volks“-Parteien und ein halbes Parteilein in der Mitte, die FDP, die als Zünglein an der Waage dazwischen pendelte. Nun sind wir auf dem Weg zum Fünf-Parteien-System; dieses Fünf-Parteien-System ist sogar schon weithin Realität geworden. Übrigens in manchen Regionen, unter anderem in Berlin, auch in der Weise, dass man sich wenigstens schematisch dieses Fünf-Parteien-System auch als ein System von fünf etwa gleich starken Lagern oder Parteien vorstellen muss. In Berlin sind die Grünen nicht viel weiter von 20% entfernt als die CDU oder die SPD. Die FDP hinkt noch ein bisschen hinterher. Von den Volksparteien im Sinne der 40- bis 50-Prozent-Parteien, von einigen regionalen oder lokalen Konstellationen abgesehen, ist nicht mehr viel geblieben. Die SPD ist in besonderer Weise zerfallen. Die Partei „Die Linke“ hat sich auch im Westen etabliert.

Die langfristige Prognose ist schwierig. Aber eine Prognose ist sicher: Zu den Verhältnissen der 40- bis 50-Prozent-Parteien und der insofern eindeutigen Wahlergebnisse auf Bundesebene kommen wir nicht mehr zurück. Das ist ein grundlegender historischer Wandel. Er ist jedoch nicht, wie manche jetzt den Eindruck erwecken, mit dieser Wahl oder der letzten vom Himmel gefallen, sondern er hat sich im Grunde schon seit 1983, in teilweise sogar ziemlich gleichmäßigen Schritten vollzogen. Sie erinnern sich an die Bundestagswahlen 1983, als die SPD zum ersten Mal seit langer Zeit unter die 40-Prozent-Marke fiel und die Grünen den Sprung in den Bundestag schafften. Sieben Jahre später war die SPD dann, gesamtdeutsch und mit Oskar Lafontaine, schon bei 33 Prozent angekommen. Ob es wieder Konzentrationsprozesse geben wird? Möglicherweise ist die Linkspartei eben doch nicht so etabliert, so dauerhaft gesichert, wie sich das für die Grünen über mittlerweile drei Jahrzehnte herausgestellt hat. Die langfristige Perspektive einer Fusion der beiden linken Parteien, einer Fusion von SPD und Linkspartei also, halte ich selber für keineswegs ausgeschlossen. Es würde der Tradition

in der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Arbeiterparteien entsprechen, in denen Teilungen, Spaltungen, Wiederzusammenführungen immer an der Tagesordnung gewesen sind.

Einerseits also: Abschied von den Volksparteien. Doch wir erleben eine doppelte, eine paradoxe Tendenz im Parteien-System. Die kleinen Parteien werden geradezu in besonderer Weise Volksparteien, die sie zuvor nicht gewesen sind. Die FDP und die Grünen erreichen Wählerschichten, die über ihre alte Klientel weit hinausgehen. Zumal die Grünen sich immer mehr als eine Volkspartei der Mitte positionieren und der unterschiedlichsten Schichten und Milieus. Aber wir sehen auch, und das ist das Paradoxe, eine Tendenz zur stärkeren sozialen Segmentierung im Parteien-System; überspitzt gesagt, eine neue Tendenz zu Klassenparteien, in denen sozialer Status und Parteibindung eine enge Verbindung eingehen. In diesem Szenario ist die Linkspartei die Partei der sozialen Verlierer, der Arbeitslosen, der sozial Ausgegrenzten; die SPD die Partei der schrumpfenden klassischen Arbeiterschicht; die CDU bzw. die Unions-Parteien sind die Partei der Mittelschichten und des traditionellen Kleinbürgertums; und wir haben schließlich, mit Grünen und Liberalen, zwei bürgerliche Parteien, die die Spitze der Gesellschaft, die besser Verdienenden in besonderer Weise repräsentieren. – Im Ergebnis führt das zu Unsicherheiten der Regierungsbildung. Neue Konstellationen jenseits der alten „Lagergrenze“, jenseits von links und rechts: Schwarz-Grün in Hamburg, „Jamaika“ im Saarland – das sind nur Vorboten dessen, was weitergehen wird.

Zweitens: Soziale Veränderungen. Hinter diesen politischen Veränderungen des Parteien-Systems stehen – wie schon angedeutet – gravierende soziale Verschiebungen. Die Gesellschaft der alten Bundesrepublik ist in besonderer Weise eine „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ gewesen, wie es der Soziologe Helmut Schelsky in den 50er-Jahren, übrigens hier von Hamburg aus, damals beschrieben hat. Das war damals noch überwiegend eine Vision: die Vision einer Gesellschaft, die sich in besonderer Weise in der Mitte, in mittleren Lagen treffen würde, jenseits von Arm und Reich. Es war aber zunehmend auch die Realität einer Gesellschaft, in der immer mehr Menschen zu Wohlstand, jedenfalls zu relativem Wohlstand, zur Teilhabe am Massenkonsum gekommen sind. In den letzten zwanzig Jahren aber sind unbestreitbar die Unterschiede zwischen Reich und Arm, zwischen Oben und Unten wieder gewachsen. Ein neuer Trend zur Polarisierung der Gesellschaft hat Platz gegriffen, und das nicht nur in Deutschland, und gewiss nicht am deutlichsten hier. Stärker und früher setzte sich dieser Trend in vielen anderen westlichen Gesellschaften, in den USA vor allen Dingen und auch in Großbritannien, durch. Es gibt wieder mehr als früher „Gewinner“ und „Verlierer“, nicht zuletzt auch neue Armut und, besonders erschreckend, neue Kinderarmut.

Die Ursachen sind vielfältig. Der Umbau der Industriegesellschaft ist ein wesentlicher Faktor, mit dem Wegfall der klassischen Arbeitsplätze in der un- und angelernten Industrieproduktion. Hinzu kommen die Wirkungen der Migration, die sich in Deutschland in besonderer Weise als eine Einwanderung in die soziale Unterschicht verfestigt hat und damit in eine soziale Welt mit schwierigen Bildungsvoraussetzungen und fehlenden Aufstiegschancen. Aber auch die Veränderung von privaten Lebensformen spielt ihre wichtige Rolle, gerade für die Kinderarmut. Der Zerfall der klassischen Kleinfamilie, der Zerfall der klassischen Paar- und Elternfamilie, die Tatsache, dass Mütter ihre Kinder alleine erziehen, sagt übrigens nicht nur etwas über Armut und fehlende Bildungschancen aus, sondern auch über Defizite in der Erwerbstätigkeit und damit über vermindertes Wachstum.

Drittens: Ökonomische Instabilität. Von der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise muss wenigstens kurz die Rede sein, auch wenn ihre längeren Wirkungen noch keineswegs sicher sind. Doch ist es der Faktor der Instabilität, der uns gegenwärtig am meisten zu denken gibt. Die Unsicherheit über das, was diese Krise bedeutet, steht auch in den Versuchen einer politischen Beschreibung im Vordergrund. Die Regierungserklärung gestern hat noch einmal prophezeit, das Schlimmste stehe noch bevor. Meine Beobachtung, meine Interpretation ist – wiederum etwas paradox: Die Krise wurde und wird zugleich überschätzt und unterschätzt. Sie wird überschätzt, weil die Beschwörung einer sozialen Katastrophe nicht eingetreten ist. Denken Sie an den Herbst 2008, an die Zeit vor einem guten Jahr, als die Erinnerung an die Weltwirtschaftskrise von 1929 aufbrach. Beschworen wurden fünf bis sechs Millionen Arbeitslose, Suppenküchen, Massenarmut. Die Krise wird aber zugleich unterschätzt, weil sie für die meisten Menschen auf verblüffende Weise eine Krise jenseits des eigenen Alltags geblieben ist – wenn man die Krise nicht sogar materiell nutzen konnte. Auf einmal steht ein günstiges neues Auto vor der Tür. Wer hätte das noch vor einem Jahr gedacht? Aber die Kosten solcher Maßnahmen – und auch das hat mit der Unterschätzung der Krise zu tun – sind nur auf morgen verschoben, ebenso wie bei der Abfederung des Arbeitsmarktes durch die Kurzarbeiterregelung, die ich aber im Gegensatz zur Abwrackprämie für vertretbar und im Kern für richtig halte.

V.

Damit haben wir den roten Faden unserer Überlegungen wieder ein Stück weit eingeholt: Stabilität und Sicherheit in unsicheren Zeiten, inmitten von gravierenden Veränderungen: politischen Veränderungen, sozialen Veränderungen, ökonomischen Veränderungen und ökonomischer Unsicherheit. Über diese drei Dimensionen habe ich gesprochen. Welche Zukunft können wir uns aber angesichts dieser Veränderungen vorstellen? Müssen wir uns mit der Instabilität zufriedengeben? Müssen wir uns angesichts von Unsicherheit von den Veränderungen treiben lassen, statt selber die Richtung zu bestimmen? Ich glaube nicht, dass wir so schnell kapitulieren müssen, und ich möchte ein kleines Programm entwickeln und Ihnen in einigen Punkten Vorschläge zur Diskussion stellen, welche Zukunft wir wieder ins Auge fassen können. Lassen Sie mich einige Gedanken dazu entwickeln.

Erstens: Wachstum. Wachstum ist nicht alles, nicht einmal das Wichtigste. Aber fangen wir ruhig einmal mit diesem Fetisch-Wort der deutschen Politik an. Es verweist zurück, auch in den Debatten, die wir gegenwärtig führen, auf die Problematik der „Grenzen des Wachstums“, die Anfang und Mitte der 70er-Jahre entdeckt worden waren. Einerseits sehen wir die Beschwörung des Wachstums als Allheilmittel gegen Arbeitslosigkeit, und Steuersenkungen als unmittelbares Versprechen auf Wachstum. Auf der anderen Seite ist auch die wachstumskritische Diskussion neu entflammt, und das nicht nur an den politischen Rändern der Gesellschaft, nicht nur bei radikalen Verweigerern und „Aussteigern“. Namentlich der Bundespräsident, Horst Köhler, hat in letzter Zeit verschiedentlich dazu aufgefordert, darüber nachzudenken, ob nicht die Zeit für einen Abschied vom Wachstum gekommen sei. Das glaube ich nicht – auch wenn die Rückkehr zu alten Wachstumsraten und Wachstumsmechanismen politisch und ökonomisch naiv ist. Aber es sind konkrete Leitbilder und Programme des Wachstums nötig, und die scheinen mir in dem aktuellen „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ noch längst nicht enthalten zu sein.

Wie soll Wachstum eigentlich aussehen und gestaltet werden? Ist es der lineare Anstieg um drei oder vier Prozent; etwas mehr von allem? Sind es mehr produzierte Autos, ist es mehr Umsatz im Einzelhandel? Ein Beispiel, ein eindruckliches Beispiel, wie ich finde, liefert Ihre eigene Stadt Hamburg seit einigen Jahren mit dem Leitbild der „wachsenden Stadt“. Auch das ist eine Wachstumsstrategie – eine konkrete und überprüfbare Wachstumsstrategie, wie man sie der Politik in Deutschland insgesamt oder auch in anderen größeren Bundesländern, auch in Flächenländern, nur wünschen würde. Grundlegend ist zunächst, dass Wachstum als Ziel wichtig bleibt, weil wir sonst, wenn wir auf Wachstum verzichten, auf Innovation, auf Strukturwandel, auf kreatives Neues verzichten. Der Verzicht auf das Ziel, Wachstum anstreben zu wollen, bedeutet allzu leicht die Hingabe an ein Szenario des gleichbleibenden Stillstandes. Dann erfolgt keine dynamische Veränderung mehr. Dann entsteht nicht mehr Neues, dann vergeht auch nicht mehr Altes. Dann gelangen wir in eine Gesellschaft hinein, die sich mit dem Bestehenden zufriedengibt, die nicht mehr innovativ ist, die zurückbleibt und schließlich verfällt.

Aber wie soll Wachstum stattfinden? Erstens also: Wachstum durch Bildung, durch Aufstieg, durch Integration. Bildung, Aufstieg, Integration – das sind natürlich die Kernformeln unserer gegenwärtigen politischen Debatte auch in anderen Feldern – aber deshalb nicht die schlechtesten und nicht die unwichtigsten. Wir müssen für Bildung, Aufstieg und Integration Mittel mobilisieren und investieren. Das ist nicht nur Sozialpolitik, sondern immer auch Wirtschaftspolitik und damit Wachstumsstrategie. Wachstum erreicht man jedoch nicht – von den sozialpolitischen Zielen zu schweigen –, wenn man 20 Euro zusätzliches Kindergeld in die privaten Haushalte gibt. Wachstum bedeutet, mehr zu tun für Bildung und für Forschung, für die Institutionen und ihr soziales Umfeld. Das darf nicht nur staatlich, sondern muss auch privat geschehen. Und dafür gibt es gute Beispiele auch in Hamburg, aber noch nicht genügend gute Beispiele.

Wachstum ist, zweitens, aber auch ein Effekt von Bildung, Aufstieg und Integration, weil sie durch Qualifizierung zu höherwertiger Arbeit führen. Wachstum entsteht durch Bildung. Bildung wird ein Wachstumstreiber, weil Menschen mit höherer Bildung andere Berufe ausüben, weil der türkische Junge aus Berlin dann nicht mehr die Schule abbricht, zu Hause sitzt, vielleicht dauerhaft am Rand der Gesellschaft steht, aus der Erwerbsgesellschaft ausgeschlossen ist, sondern als Techniker, vielleicht als Ingenieur in der Industrie tätig wird und seinen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leistet. Das deutet zugleich das Leitbild einer Aufstiegs-gesellschaft an. Es mangelt in unserer Gesellschaft an sozialer Offenheit, aber auch an dem Zutrauen, Aufstiegskanäle erfolgreich durchschwimmen zu können.

Wachstum vollzieht sich, drittens, als Technologieschub. Wachstum entsteht durch Innovationen und Innovationen entstehen in bestimmten Branchen, in bestimmten wirtschaftlichen und technischen Sektoren. Wir können zwar nicht hellsehen – aber wir können diese Bereiche, in denen Wachstum entstehen kann und in den nächsten ein, zwei Jahrzehnten entstehen wird, im Grunde schon sehr genau beschreiben. Es sind Felder wie Energie und Mobilität, wie Kommunikation, medizinische Technologien und komplexe Dienstleistungen. Vor dem Hintergrund dieser Stichworte, dieser Sektoren des neuen Wachstums, und ihrer neuen Technologien, entsteht auch das Leitbild einer „industriellen Dienstleistungsgesellschaft“, die eine besondere Stärke Deutschlands gerade im internationalen Vergleich ist. Vor zehn Jahren haben wir noch gemeint, Deutschland hinke hinter den angelsächsischen Ländern her,

die ihren Wohlstand mit Dienstleistungen verdienen und zunehmend darauf verzichten, überhaupt noch Güter zu produzieren. Dieses Bild hat sich in letzter Zeit, auch wenn die deutsche, produzierende und exportorientierte Industrie vorderhand durch die Krise im letzten Jahr besonders stark betroffen worden ist, doch strukturell grundlegend geändert. Wir wissen heute, dass wir besser dastehen und auch in Zukunft besser dastehen können, wenn wir auch langfristig auf diese Verbindung der Produktion von Industrie und Dienstleistungen mit wissenschafts- und forschungsbasierten Technologien und damit auf die Produktion von hochtechnologischen Industrie-Erzeugnissen setzen. Auch dafür gibt es in Hamburg gute Beispiele, etwa mit der Luftfahrtindustrie um EADS / Airbus.

Neben dem Wachstum steht zweitens das Stichwort: Klima und Umwelt. Das ist kein Gegensatz mehr zum Wachstum. Wir stehen vor dem Durchbruch einer ökologisch-industriellen Revolution, die durch Innovationen zumal im Energie-, Mobilitäts- und Kommunikations-Bereich für eine Welt sorgt, in der Wachstum produziert wird, aber gleichzeitig die Nachhaltigkeit einer Entwicklung zur politischen Leitlinie und praktischen Wirklichkeit wird. Nachhaltigkeit – das betrifft nicht nur den Verbrauch natürlicher Ressourcen wie die Schonung von Energie-Reserven. Nachhaltigkeit, das wird immer mehr auch ein Leitbegriff in fiskalischer Hinsicht: mit Blick auf die Staatsverschuldung und die nächsten Generationen. Nachhaltigkeit, das müsste auch das wichtigste Stichwort der sozialstaatlichen und der demografischen Debatten werden. Gerade in der Sozialstaatspolitik ist dieses Nachhaltigkeitsprinzip im Moment aber noch nicht recht erkennbar.

Drittens schließlich: Sozialpolitik. Sie muss eine Politik der Aktivierung und der Teilhabe bleiben, statt staatliche Versorgung an die erste Stelle zu setzen. Aktivierung und Teilhabe, das sind die Grundprinzipien des reformerischen Aufbruchs um 2003, das sind die Grundprinzipien der Agenda 2010 gewesen. Ich bin überzeugt, dass wir diese Prinzipien nicht über Bord werfen sollten, wie es gegenwärtig in allen politischen Lagern auf der Tagesordnung zu sein scheint. Aktivierung, das heißt Einbeziehung in die Erwerbsgesellschaft; es heißt, die Menschen nicht abzuschreiben, sie nicht an den Rand der Gesellschaft zu stellen, sie nicht mit Sozialleistungen stillzustellen, sondern in eine Erwerbsgesellschaft hineinzuholen, die ihre Zukunft noch immer nicht hinter sich hat. Teilhabe, das heißt, den Menschen Möglichkeiten zu eröffnen, an Bildung und Kultur, an gesellschaftlichen Chancen, Wohlstand und sozialem Aufstieg, aber eben auch an Arbeit im weitesten Sinne partizipieren zu können.

VI.

Damit eröffnen sich Freiheitschancen, aber auch Integration und Zusammenhalt mit dem Fluchtpunkt der Bürgergesellschaft. Die Idee der Bürgergesellschaft, das ist nicht die Idee einer Ellenbogengesellschaft, das ist nicht die Idee einer „do-it-yourself“-Gesellschaft, in der jeder sieht, dass er am besten an die Fleischtöpfe kommt, und die Schwächeren zurückgelassen werden. Soziale Schwäche, soziale Randständigkeit – das hat eben sehr viel mit dem Fehlen von bürgergesellschaftlicher Verbindung zu tun, mit dem Fehlen von sozialen Bindungen, von Netzwerken der Unterstützung; das hat viel zu tun mit Einsamkeit, mit dem Verlust der Einbindung in bürgergesellschaftliche Aktivitäten. Wir brauchen diese neuen Formen der Beteiligung, der gesellschaftlichen Verantwortung, wenn wir das alles nicht dem Staat überlassen wollen, der in den letzten zwei Jahrhunderten kaum je etwas anderes gewesen ist als das, was er auch jetzt, in der Krise, wieder für sich reklamiert: ein erstarkender Staat, der Gegengewichte in der freien Bürgergesellschaft

braucht. Am Ende steht also ein Plädoyer gegen Resignation, gegen Entfremdung, für Zukunftsvorstellungen und Zukunftsvisionen. Am vorgestrigen Tag hat Joachim Gauck, einer der Helden der Freiheitsrevolution von 1989, gesagt, das deutsche „Yes, we can“ sei der Ruf von 1989 gewesen „Wir sind das Volk“ und das, so Joachim Gauck, dürften wir nie vergessen. Danach sieht es im Moment freilich nicht aus. Das „Wir sind das Volk“ ist vorgestern zwar noch einmal beschworen worden, kann aber von vielen offenbar immer weniger nachvollzogen werden. Resignation und Entfremdung breiten sich vielmehr seit vielen Jahren in erschreckender Weise aus und wachsen in die Mitte der Gesellschaft hinein: mit Unsicherheit und diffusen Befürchtungen, die aus der Gegenwart in eine eben unsichere, undefinierte Zukunft projiziert werden; mit einer Mischung aus Staatserwartung und Staatsabhängigkeit einerseits, von Staatsverachtung andererseits. Viele Menschen erwarten alles vom Staat, sind materiell vom Staat abhängig – und gleichzeitig verachten sie diesen Staat auf das Tiefste.

Von diesem Staat, von dieser Demokratie, so hört man oft, sei sowieso nichts zu erwarten. Die Entfremdung zeigt sich in Umfragen zum Politikervertrauen, zur Unterstützung der Demokratie, auch und nicht zuletzt der sozialen Marktwirtschaft. Sie reicht von leisen Zweifeln bis hin zu diffusen Verschwörungstheorien; sie führt in immer weiter verbreitete Deutungsmuster, in denen die Demokratie, die Pressefreiheit, der Rechtsstaat nur noch auf dem Papier existieren. Verantwortungslose Journalisten, die es besser wissen müssten, füttern diese diffusen Haltungen mit ihren vermeintlichen Argumenten, die in Wirklichkeit nichts anderes als gefährliche Denunziationen der Demokratie sind. Ich meine, um nur ein konkretes Beispiel zu nennen, Bücher wie die von Thomas Wiczorek. „Die verblödete Republik. Wie uns Medienwirtschaft und Politik für dumm verkaufen“ heißt eines davon – ich weiß nicht, ob Sie so etwas schon einmal in der Hand hatten. Nach seiner Überzeugung (oder ist es nur auflagenheischende Rhetorik?) leben wir inzwischen nur noch in einer Pseudo-Demokratie, in einem Pseudo-Rechtsstaat. Darin drückt sich ein sehr gefährlicher Vertrauensentzug für die Demokratie aus – man könnte sogar zugespitzt von einer Republikfeindschaft sprechen. Diesmal handelt es sich nicht um jene Sorte der aggressiven Republikfeindschaft, wie sie von den politischen Rändern und von den Eliten in Deutschland am Anfang des 20. Jahrhunderts in der Weimarer Republik kultiviert wurde, als diese Republik von den politischen Rändern von links und rechts und zugleich von ihren Eliten nicht gewollt wurde und bekämpft worden ist. Diesmal geht es um Republikfeindschaft ohne jegliche Alternative, genährt aus einer diffusen Verachtung unseres politischen Systems; aus der Unfähigkeit, die Vorzüge von Freiheit, von offener Gesellschaft, von Demokratie noch schätzen, ja überhaupt nur wahrnehmen zu können.

Aber auch die Eliten tragen Verantwortung, der sie in den letzten Jahren nicht immer gerecht geworden sind. Ich meine nicht in erster Linie die Höhe bestimmter Vergütungen, von Boni oder goldenen Handschlägen, sondern den Vertrauensentzug, der sich im Rückzug aus der Öffentlichkeit manifestiert, in der Abkapselung von der normalen Realität der Gesellschaft, die sich Teile unserer Eliten, auch der wirtschaftlichen Eliten, vorwerfen lassen müssen. Eliten müssen sich glaubwürdig engagieren, sich den Problemen im Land stellen, müssen ihre bürgerschaftliche und politische Verantwortung wahrnehmen. Sie müssen ihren sichtbaren und auch leidenschaftlichen Beitrag leisten zur Verteidigung der Demokratie und zur Gestaltung einer Zukunft, die uns abhandengekommen ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. ■